

1e-Pläne

# Geplante Revision des Freizügigkeitsgesetzes

Der Bundesrat hat in diesem Frühjahr die Botschaft zur Revision des FZG an das Parlament überwiesen. Der Gesetzesentwurf sieht bei Vorsorgeplänen mit individuell wählbarer Anlagestrategie den Wegfall der garantierten Mindestaustrittsleistung (Art. 15 und 17 FZG) vor, was den Weg für die Einführung solcher Modelle weiter ebnen dürfte.

## IN KÜRZE

Mit der geplanten FZG-Revision werden die rechtlichen Rahmenbedingungen für 1e-Pläne entscheidend verbessert. Dennoch bestehen weiterhin Fragen, die ihrer Klärung harren.

Seit fast zehn Jahren können Vorsorgeeinrichtungen, die ausschliesslich Lohnanteile über dem anderthalbfachen oberen BVG-Grenzbetrag versichern (aktuell 126 900 Franken), innerhalb eines Vorsorgeplans unterschiedliche Anlagestrategien anbieten. Diese Lohngrenze liegt bewusst ausserhalb des Garantiebereichs des Sicherheitsfonds (Art. 56 Abs. 2 BVG), das heisst, im Insolvenzfall stellt dieser keine Leistungen sicher. In der Praxis hat sich für diese Art von Vorsorge – in Anlehnung an die einschlägige Verordnungsbestimmung (Art. 1e BVV 2) – der Begriff «1e-Pläne» durchgesetzt.

Für den Arbeitgeber sind 1e-Pläne primär aus Risikoüberlegungen heraus interessant. Das Anlagerisiko liegt typischerweise bei den Versicherten, weshalb eine Unterdeckung – zumindest bei reinen Kapitalplänen und vollständig rückgedeckten Risikoleistungen – an sich ausgeschlossen ist. Damit ist auch das Schreckgespenst einer Pensionskassensanierung vom Tisch. Der Wegfall von (expliziten oder impliziten) Garantien des Arbeitgebers dürfte zudem zur Folge haben, dass solche Vorsorgepläne gemäss den internationalen Rechnungslegungsvorschriften nicht mehr als leistungsorientiert gelten, was den Unternehmen eine Möglichkeit zur Reduktion ihrer in der Unternehmensbilanz ausgewiesenen Vorsorgeverpflichtungen bieten würde.

Aus der Optik der Versicherten bedeuten Vorsorgepläne mit individuellen Anlagemöglichkeiten mehr Flexibilität und Freiheit, was für gewisse Personen durchaus attraktiv sein kann. Mit der Möglichkeit, die eigenen Vorsorgegelder den indi-

viduellen Bedürfnissen entsprechend anzulegen, geht aber auch eine höhere Eigenverantwortung einher. Dies manifestiert sich in erster Linie in der Tatsache, dass allfällige Anlageverluste – anders als bei der klassischen Konzeption mit gemeinschaftlichen Vermögensanlagen – nicht durch das Kollektiv, sondern eben individuell getragen werden müssen.

## Entwicklung

Soweit ersichtlich, wurden 1e-Pläne bisher noch nicht auf breiter Ebene eingeführt. Dies vermutlich nicht zuletzt aus faktischen Gründen, ist doch der Personenkreis, der aufgrund der definierten Lohnschwelle überhaupt für solche Vorsorgepläne in Frage kommt, verhältnismässig klein. Eine gewichtige Rolle spielt zudem das FZG, das auch für 1e-Pläne gilt. Dabei hat sich gezeigt, dass sich das Primat einer gesetzlich garantierten Mindestaustrittsleistung kaum mit der Idee von Vorsorgeplänen mit individuellen Anlagestrategien vereinbaren lässt.

In der Praxis wurde das vorerwähnte Spannungsverhältnis kontrovers diskutiert, wobei einzelne Anbieter rechtlich mehr oder weniger überzeugende Lösungen entwickelten<sup>1</sup> und damit versuchten, sich mit der unbefriedigenden Situation einigermassen zu arrangieren. Auf politischer Ebene wurde das Thema von Nationalrat Jürg Stahl mit einer Motion angegangen, mit welcher der Bundesrat zu einer entsprechenden Gesetzesanpassung aufgefordert wurde.

**Guido Aggeler**  
dipl. Phys. ETH,  
Pensionskassen-  
Experte SKPE,  
Swiss Life Pension  
Services AG, Zürich



**Simon Heim**  
lic. iur.,  
Leiter Rechtsdienst  
Berufliche Vorsorge  
und Soziale Sicherheit,  
Swiss Life AG, Zürich



<sup>1</sup> Zum Beispiel «individuelle Wertschwankungsreserven» oder Verzichtserklärungen.

## Änderung des FZG

Der politische Vorstoss hat bewirkt, dass vor rund zwei Jahren ein Vorentwurf zur Änderung des FZG in die Vernehmlassung geschickt wurde. Die darin skizzierte Stossrichtung wurde von einer Mehrzahl der Teilnehmenden begrüsst. Umstritten war allerdings der Vorschlag, wonach die Vorsorgeeinrichtung weiterhin eine Strategie anbieten muss, welche die Mindestaustrittsleistung gemäss FZG garantiert. Ebenfalls kritisiert wurde die Idee, wonach ein Wechsel zu einer risikobehafteten Strategie die Zustimmung des Ehegatten erfordert.

## Grundzüge der Novelle

Der im Vernehmlassungsverfahren geäusserten Kritik wurde im vorliegenden Gesetzesentwurf weitgehend Rechnung getragen. Fallengelassen wurden sowohl der Vorschlag der «Garantiestrategie» als auch das Erfordernis der Zustimmung des Ehegatten. Die nun ans Parlament überwiesene Vorlage sieht vor, dass bei einem Austritt nur noch der effektive Wert des Vorsorgeguthabens im Austrittszeitpunkt mitgegeben werden muss. Die Vorsorgeeinrichtung ist jedoch verpflichtet, mindestens eine Strategie mit «risikoarmen Anlagen» anzubieten, wobei dieser Begriff auf Verordnungsebene näher umschrieben werden soll. Weiter ist vorgesehen, dass die versicherten Personen über die konkreten, mit der Strategiewahl verbundenen Risiken und Kosten umfassend zu informieren sind. Ebenfalls nicht zur Anwendung kommt die für gewöhnliche Vorsorgeverhältnisse beim Austritt geltende Zinspflicht (Art. 2 Abs. 3 FZG).

## Anwendungsfragen

Wenngleich das Problem der Mindestaustrittsleistung mit der beantragten Revision gelöst sein dürfte, gibt es im Zusammenhang mit 1e-Plänen weitere ungeklärte Punkte.

Unbeantwortet ist beispielsweise die Frage, ob als Rechtsträger für 1e-Pläne nur Vorsorgeeinrichtungen in Frage kommen, die ausschliesslich im erwähnten Lohnbereich Vorsorge betreiben. Der Wortlaut von Art. 1e BVV 2 (beziehungsweise von Art. 19a Abs. 1 E-FZG) würde einen solchen Schluss zumindest nahelegen. Gleichwohl gibt es in der Praxis registrierte, als Sammeleinrich-

tung konzipierte Vorsorgeeinrichtungen, die für Vorsorgewerke mit eigener Rechnung entsprechende Vorsorgemodelle mit individuell wählbaren Anlagestrategien anbieten.

Bei der Implementierung von 1e-Plänen stellt sich in der Praxis regelmässig die Frage, wie das vorhandene Altersguthaben zwischen den einzelnen Vorsorgeplänen aufzuteilen ist. Naheliegender scheint ein Vorgehen, bei dem auf der Grundlage des in der Basisvorsorge versicherten Lohns die Höhe des maximal möglichen Altersguthabens ermittelt wird. Ein allfälliger Exzedent wird dem Altersguthaben im 1e-Plan gutgeschrieben. Ebenfalls denkbar wäre es, das gesamte Altersguthaben in der Basisvorsorge zu belassen, was allenfalls aber die Angemessenheit tangieren könnte. In der Praxis wird der Split teilweise auch im Verhältnis zum versicherten Lohn vorgenommen, das heisst, das Altersguthaben wird proportional zum in der Basisvorsorge beziehungsweise im 1e-Plan versicherten Lohn aufgeteilt.<sup>2</sup>

Fraglich ist, ob eine Pflicht zur Übertragung von Vorsorgeguthaben aus der Basisvorsorge – zum Beispiel nach der oben beschriebenen Methode (Aufteilung im Verhältnis zum Lohn) – auch bei einer (in der Basisvorsorge) bestehenden Vorsorgelücke zulässig wäre. Eine solche Übertragung hätte allenfalls zur Folge, dass bereits erworbene Ansprüche nicht mehr durch den Sicherheitsfonds garantiert wären, was sich unseres Erachtens kaum mit der gemäss Art. 1e BVV 2 beabsichtigten Trennung zwischen vom Sicherheitsfonds garantierten und nicht garantierten Leistungsbereichen vereinbaren lässt. Jedenfalls bei Neueintritten stellt sich zudem die Frage, ob den Versicherten – gestützt auf Art. 9 FZG – nicht ohnehin das Recht zukommt, ihr Altersguthaben mindestens im Umfang der vollen reglementarischen Leistungen in die Basisvorsorge einzubringen.

Im Zusammenhang mit dem Gesagten ist zu beachten, dass die Aufteilung beste-

hender Vorsorgeguthaben auf mehrere Vorsorgeverhältnisse nicht im Belieben der Vorsorgebeteiligten steht. Die Aufteilung des vorhandenen Kapitals richtet sich vielmehr nach den gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen. Folglich ist bei der Einführung von 1e-Plänen darauf zu achten, dass die reglementarischen Grundlagen rechtzeitig entsprechende Anpassungen erfahren.

Zu Kopfzerbrechen können auch Fragen bezüglich des Einkaufs von Vorsorgeleistungen führen. So ist unklar, welche Annahmen zur Erstellung der Einkaufstabelle verwendet werden sollen. In Zusammenhang mit Einkäufen ist zu erwähnen, dass die Steuerbehörden in der Vernehmlassung Bedenken bezüglich der Möglichkeit vorgebracht haben, erlittene Kursverluste durch steuerwirksame Einlagen wieder auszugleichen. Dies aus der Überlegung heraus, dass die Deckung von Verlusten – in Abhängigkeit der Wertentwicklung der Anlagen – zu einer Überschreitung des reglementarischen Leistungsziels führen könnte. Aus diesem Grund wurde eine Beschränkung der Einkäufe vorgeschlagen, wobei auf eine Mehrjahresbetrachtung abgestellt werden sollte. Diese Idee fand jedoch keinen Eingang in den Gesetzesentwurf.

## Vermögensanlagen

Grundsätzlich herrscht Einigkeit darüber, dass die gesetzlichen Anlagevorschriften auch für diese Art von Vorsorge uneingeschränkt gelten. Bei der Umsetzung lassen sich im Markt jedoch grosse Unterschiede feststellen. Während ein Teil der Anbieter auf standardisierte Produkte wie Anlagefonds setzt, die in beschränkter Auswahl und im Rahmen vordefinierter Anlagestrategien mit jeweils unterschiedlichem Risikoprofil angeboten werden, gibt es andere, die in Bezug auf die eingesetzten Produkte und Möglichkeiten kaum Einschränkungen kennen. Das BSV hat sich zu diesen Marktentwicklungen in den Mitteilungen Nr. 125 kritisch geäussert und dabei die Meinung vertreten, dass eine Auswahl aus höchstens zehn Strategien zulässig sei. Vor dem Hintergrund des Kollektivitätsprinzips sollen zudem nur vordefinierte Strategien angeboten werden dürfen. Gemäss BSV muss der Experte die Angemessen-

<sup>2</sup> Beispiel: Lohn 200 000 Franken (100 Prozent), davon sind 126 900 (63.15 Prozent) in der Basisvorsorge und 73 100 (36.85 Prozent) im 1e-Plan versichert (kein Koordinationsabzug). Das vorhandene Altersguthaben wird diesem Verhältnis entsprechend aufgeteilt.

heit zudem pro Strategie bestätigen, was offenbar auch das Bundesverwaltungsgericht so sieht.<sup>3</sup>

Die Meinungsäusserungen des BSV haben nun auch Eingang in die bundesrätliche Botschaft gefunden. Darin wird unter anderem festgehalten, dass der Vorsorgenehmer nur Einfluss auf die Strategiewahl als solche, nicht aber auf die konkrete Umsetzung nehmen darf (kein «Stock Picking»). Weiter erfolgt der Hinweis, dass das Vorsorgeguthaben nicht auf verschiedene Anlagestrategien aufgeteilt werden darf. Bekräftigt wird auch die Rechtsmeinung des BSV, wonach sich nur ein Angebot von höchstens zehn Strategien mit dem Kollektivitätsprinzip vereinbaren lässt. Zudem wird darauf hingewiesen, dass die Angemessenheit jeder Strategie vorgängig zu prüfen und zu bestätigen ist.

<sup>3</sup> Urteil vom 7. Mai 2014 (C-2946/2012).

### Verordnungsrecht

Gemäss den Ausführungen in der Botschaft soll der Bundesrat die Grundsätze der Angemessenheit und der Planmässigkeit für Vorsorgeeinrichtungen, die individuelle Anlagestrategien anbieten, auf Verordnungsstufe näher umschreiben (gestützt auf Art. 1 Abs. 3 BVG). Neben einer Konkretisierung der Angemessenheitsprüfung ist zu erwarten, dass die Definition der angebotenen Anlagestrategien auf reglementarischer Ebene explizit vorgeschrieben wird. Diese Regelungen dürften den bisherigen Spielraum deutlich einschränken.

### Ausblick

Es ist davon auszugehen, dass sich 1e-Pläne nach der in Aussicht gestellten Revision des FZG weiter etablieren werden. Treiber dieser Entwicklung dürften zum einen Unternehmen sein, die sich zur Entlastung bei ihren Vorsorgeverpflichtungen gezwungen sehen. Zum anderen

dürften solche Modelle aber auch bei kleineren Firmen und freiberuflich tätigen Personen auf Interesse stossen, zumal Selbstbestimmung und Eigenverantwortung in diesem Umfeld keine Fremdwörter sind.

Die erwarteten Entwicklungen scheinen jedoch nicht unproblematisch. Zumindest sollte man sich gewahr sein, dass entsprechende Lösungen letztlich eine Abkehr vom Prinzip der Gemeinschaftlichkeit und eine Hinwendung zu einer stark individualisierten Vorsorge bedeuten. Auch wenn angesichts der Beschränkung auf weit überobligatorische Lohnanteile kaum von einer Zäsur gesprochen werden kann, so erfährt die auf Kollektivität und Solidarität beruhende 2. Säule in dieser Hinsicht doch eine gewisse Relativierung. **I**

Die Autoren vertreten ihre persönliche Meinung, die nicht zwingend der ihres Arbeitgebers entspricht.

## Plans 1e

# Projet de révision de la loi sur le libre passage (LFLP)

Ce printemps, le Conseil fédéral a transmis au Parlement le message concernant la révision de la LFLP. Le projet de loi prévoit la suppression de la prestation de sortie minimale garantie (art. 15 et 17 LFLP) pour les plans de prévoyance permettant le libre choix de la stratégie de placement, ce qui devrait poser de nouveaux jalons en vue de l'introduction de modèles de cette nature.

Depuis près de dix ans, les institutions de prévoyance qui assurent exclusivement la partie du salaire supérieure à une fois et demie le montant-limite maximal de la LPP (soit 126 900 francs actuellement) peuvent proposer à leurs assurés différentes stratégies de placement dans le cadre d'un même plan de prévoyance. Cette limite de salaire est fixée sciemment en dehors du domaine de prestations couvert par le fonds de garantie

(art. 56 al. 2 LPP), ce qui signifie que ce dernier ne garantit aucune prestation en cas d'insolvabilité. Dans la pratique, la dénomination «plans 1e» s'est imposée pour ce type de plans, en référence à la disposition applicable de l'ordonnance correspondante, l'art. 1e OPP 2.

Pour l'employeur, les plans 1e sont en premier lieu intéressants sous l'angle des risques. En effet, le risque de placement est typiquement supporté par les per-

### EN BREF

Le projet de révision de la LFLP se traduira par une amélioration considérable du cadre légal des plans 1e. Il subsiste néanmoins des questions qui demandent à être éclaircies.

sonnes assurées, ce qui exclut pratiquement toute possibilité de découvert, du moins pour les plans de capital pur avec de prestations de risque entièrement réassurées. Par conséquent, le spectre d'un assainissement de la caisse de pensions est écarté. En outre, du fait de la suppression des garanties (explicites ou implicites) de l'employeur, ces plans de prévoyance ne devraient plus, à l'avenir, être considérés comme des plans de prévoyance à prestations définies aux termes des normes comptables internationales, ce qui offrirait aux entreprises la possibilité de réduire leurs engagements de prévoyance dans leur bilan.

Du point de vue des personnes assurées, les plans de prévoyance proposant des possibilités de placement individuelles offrent une flexibilité accrue et une plus grande liberté, ce qui peut être attractif pour certaines personnes. La possibilité de placer ses propres fonds de prévoyance selon ses besoins individuels comporte toutefois une responsabilité propre accrue. Ceci se manifeste en premier lieu par le fait que – différemment de la conception classique avec des placements collectifs – les éventuelles pertes de placement ne sont plus supportées collectivement, mais justement individuellement.

### Evolution

Il ne semble pas que les plans 1e aient été introduits à grande échelle à l'heure actuelle. Ceci est probablement dû notamment à des raisons pratiques, puisque le cercle de personnes susceptibles d'être concernées par ce type de plans en raison du seuil de salaire défini est relativement restreint. Autre motif important joue en outre la LFLP, qui s'applique aussi aux plans 1e; il s'est avéré que la primauté d'une prestation de sortie minimale légalement garantie n'était guère compatible avec l'idée d'un plan de prévoyance avec des stratégies de placement individuelles.

Dans la pratique, le tiraillement évoqué a fait l'objet de controverses; néanmoins, certains prestataires ont conçu des solutions plus ou moins convaincantes du point de vue juridique<sup>1</sup>, tentant ainsi de s'accommoder plus ou

moins avec cette situation insatisfaisante. Sur le plan politique, le thème a été abordé par le conseiller national Jürg Stahl dans le cadre d'une motion invitant le Conseil fédéral à réviser la loi en conséquence.

### Modification de la LFLP

Dans le sillage de cette intervention politique, un avant-projet de modification de la LFLP a été mis en consultation il y a environ deux ans. L'orientation qui y est proposée a été saluée par une majorité de participants. La proposition selon laquelle l'institution de prévoyance devait continuer de proposer une stratégie qui garantisse la prestation de sortie minimale selon la LFLP a cependant été contestée. L'idée d'exiger le consentement du conjoint lors du changement en faveur d'une stratégie à risques a également été critiquée.

### Grandes lignes de la nouvelle

La critique exprimée pendant la procédure de consultation a été largement prise en compte dans le projet de loi actuel. La proposition d'une «stratégie avec garantie» et l'exigence de consentement du conjoint ont toutes deux été abandonnées. Le projet qui a été transmis au Parlement prévoit que seule la valeur effective de l'avoir de prévoyance doit être versée à la personne assurée qui quitte l'institution de prévoyance. Cette dernière est toutefois tenue de proposer au moins une stratégie de placement «à faible risque», cette notion devant être précisée au niveau d'ordonnance. En outre, il est prévu que les personnes assurées doivent être informées en détail des risques et des frais concrets liés au choix de la stratégie. N'est pas applicable non plus l'obligation de créditer la prestation d'intérêts comme prévue lors de la sortie pour les rapports de prévoyance ordinaires (art. 2 al. 3 LFLP).

### Questions d'application

Si le problème de la prestation de sortie minimale est censé être résolu avec la révision proposée, d'autres points en relation avec les plans 1e restent encore à éclaircir.

Reste, ainsi, par exemple, ouverte la question de savoir si le plan 1e peut être offert exclusivement par des institutions de prévoyance qui appliquent la pré-

voyance uniquement dans la fourchette de salaire en question. La teneur de l'art. 1e OPP 2 (et de l'art. 19a al. 1 P-LFLP) n'admet en principe que cette conclusion. Dans la pratique, il existe néanmoins des institutions de prévoyance enregistrées, conçues comme des institutions collectives, qui offrent aux œuvres de prévoyance à comptabilité propre des modèles de prévoyance avec un choix de stratégies de placement individuelles.

Lors de la mise en œuvre des plans 1e se pose souvent la question de la répartition de l'avoir de vieillesse existant entre les différents plans de prévoyance. Une procédure qui consiste à déterminer le montant de l'avoir de vieillesse maximal possible sur la base du salaire assuré dans la prévoyance de base apparaît évidente. Dans ce cas, un éventuel excédent serait porté au crédit de l'avoir de vieillesse dans le plan 1e. De même, il serait envisageable de laisser l'intégralité de l'avoir de vieillesse dans la prévoyance de base, ce qui, néanmoins, pourrait éventuellement affecter l'adéquation. Dans la pratique, la division se fait en partie en proportion du salaire assuré. C'est-à-dire, l'avoir de vieillesse est réparti proportionnellement à la part du salaire assuré dans la prévoyance de base et dans le plan 1e respectivement.<sup>2</sup>

Il est douteux que l'obligation de transférer les avoirs de prévoyance de la prévoyance de base – par exemple selon la méthode exposée ci-dessus (répartition en proportion du salaire) – soit également admissible en cas d'une lacune de prévoyance (dans le plan de base). Un tel transfert aurait éventuellement pour conséquence que les droits déjà acquis ne seraient plus couverts par le fonds de garantie, ce qui, selon nous, serait difficilement compatible avec la séparation envisagée par l'art. 1e OPP 2 entre le domaine de prestations couvert par le fonds de garantie et le domaine de prestations non couvert. En ce qui concerne les nouvelles entrées, se pose aussi la question de

<sup>1</sup> «Réserves individuelles de fluctuation de valeurs» ou déclarations de renonciation, par exemple.

<sup>2</sup> Exemple: salaire CHF 200 000 (100%) dont CHF 126 900 sont assurés dans la prévoyance de base et CHF 73 100 (36.85%) dans le plan 1e (pas de déduction de coordination). L'avoir de vieillesse existant est réparti dans cette même proportion entre les deux plans.

savoir si les personnes assurées n'auraient pas de toute façon – en vertu de l'art. 9 LFLP – le droit d'attribuer à la prévoyance de base l'avoit de vieillesse, au moins à concurrence de l'intégralité des prestations réglementaires.

En rapport avec ce qui précède, il convient de signaler que la répartition de l'avoit de prévoyance existant entre plusieurs rapports de prévoyance n'est pas laissée au bon vouloir des parties intéressées. La répartition du capital disponible doit plutôt obéir aux dispositions légales et réglementaires. Par conséquent, lors de l'introduction des plans 1e, il faut veiller à adapter en temps utile les bases réglementaires en conséquence.

Les questions liées au rachat des prestations de prévoyance peuvent également donner lieu à de véritables casse-tête. Ainsi, il n'est pas claire quelles hypothèses doivent être utilisées pour élaborer le tableau de rachat. En ce qui concerne les rachats, notons que, lors de la procédure de consultation, les autorités fiscales ont exprimé des réserves quant à la possibilité de compenser les pertes sur cours par des apports fiscalement déductibles. L'idée sous-jacente est que la couverture des pertes – en fonction de l'évolution de la valeur des placements – pourrait entraîner un dépassement de l'objectif de prestation réglementaire. C'est la raison pour laquelle il a été proposé de limiter les rachats, ce toutefois sur la base d'un horizon pluriannuel. Cette idée n'a toutefois pas été retenue dans le projet de loi.

### Placements de la fortune

En principe, l'idée selon laquelle les prescriptions légales en matière de placement doivent s'appliquer sans limitation à ce type de prévoyance fait l'unanimité. Dans la mise en œuvre, on constate toutefois de grandes différences dans le marché. Tandis qu'une partie des prestataires mise sur des produits standardisés tels que des fonds de placement – qu'ils offrent en une sélection limitée et avec un profil de risque différent pour chaque stratégie de placement prédéfinie –, l'autre ne connaît pratiquement pas de limites s'agissant des produits utilisés et des possibilités offertes. Dans le Bulletin de la prévoyance professionnelle n° 125, l'OFAS a formulé des critiques vis-à-vis de cette évolution du marché et estime

qu'une offre de dix stratégies au maximum serait admissible. En outre, il est d'avis que seules des stratégies prédéfinies doivent pouvoir être proposées compte tenu du principe de la collectivité. Selon l'OFAS, l'expert doit par ailleurs confirmer l'adéquation de chaque stratégie, avis partagé, semble-t-il par le Tribunal fédéral administratif.<sup>3</sup>

Les opinions exprimées par l'OFAS ont été également intégrées dans le message du Conseil fédéral. Celui-ci précise notamment que le preneur de prévoyance ne peut influencer que le choix de la stratégie et non sa mise en œuvre concrète (pas de «stock picking»). En outre, le message précise que l'avoit de prévoyance ne peut pas être réparti entre différentes stratégies de placement. L'avis de droit de l'OFAS selon lequel seule une offre de dix stratégies au maximum est conforme au principe de la collectivité est réaffirmé dans le message. Enfin, ce dernier précise que l'adéquation de chaque stratégie doit être préalablement vérifiée et confirmée.

### Matières de l'ordonnance

Selon les explications figurant dans le message, le Conseil fédéral précisera au niveau de l'ordonnance la signification concrète des principes d'adéquation et de planification pour les institutions de prévoyance qui proposent des stratégies de placement individuelles (en se fondant sur l'art. 1 al. 3 LPP). Avec l'introduction de l'examen de l'adéquation, il faut s'attendre à ce qu'il devienne explicitement obligatoire de définir au niveau du règlement les stratégies de placement offertes. Cette réglementation devrait réduire fortement l'actuelle marge de manœuvre.

### Perspectives

Il faut supposer que les plans 1e continuent à s'imposer après la révision envisagée de la LFLP. Cette évolution sera certainement portée tout d'abord par les entreprises qui se voient contraintes de se décharger de leurs engagements de prévoyance. D'autre part, ces modèles devraient également susciter l'intérêt des petites entreprises et des personnes exerçant une activité indépendante, d'autant plus que l'autodétermination et la responsabilité individuelle ne leur sont pas étrangères.

Toutefois, les évolutions attendues n'iront probablement pas sans poser quelques problèmes. Au moins faut-il être conscient qu'en proposant des solutions de cette nature, l'institution de prévoyance délaisse le principe de communauté pour se tourner vers une prévoyance beaucoup plus individualisée. Même si, eu égard à sa limitation à des parts de salaire largement subobligatoires, nous ne sommes pas en présence d'un point tournant, il faut admettre que le 2<sup>e</sup> pilier, qui repose sur les principes de la collectivité et de la solidarité, est toutefois en quelque sorte relativisé. **I**

**Guido Aggeler**  
**Simon Heim**

Les auteurs exposent exclusivement leurs avis personnel et ne lient leur employeur à aucun titre.

<sup>3</sup> Arrêt du 7 mai 2014 (C-2946/2012).